

seinen Mitarbeitern haben den Beweis erbracht, daß das Rauchen den Blutdruck des Menschen steigert. Versuchs- personen, deren Blutdruck 123 mm betrug, zeigten nach dem Rauchen von 1-2 Zigaretten rasch eine Blutdrucksteigerung bis 137 mm. Auch wenn der Tabakrauch nicht in die Lunge eingeatmet wurde, betrug die Blutdrucksteigerung 3-5 mm Quecksilberhöhe.

(40677 landwirtschaftliche Genossenschaften in Deutschland.) Nach der Statistik des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften waren am 1. Juli insgesamt 40677 landwirtschaftliche Genossenschaften vorhanden. Der Reinzuwachs beträgt im Juni 53, im ersten Halbjahr 1929 281 Genossenschaften.

(Die lange sogenannte festlose Zeit des ganzen Jahres) — festlos nur in Hinsicht auf hohe kirchliche Feste, nicht in bezug auf allgemeine Festlichkeiten — hat ihren Anfang genommen. Zugleich hat damit eine wichtige Zeit wirtschaftlicher Art eingesetzt, denn in den Wochen, die vor uns stehen, sollen auf den Feldern der Erde die Millionenwerte entstehen, von denen die Menschheit lebt. Für den Landwirt steht nunmehr viel Arbeit vor der Tür, und wir wollen nur wünschen, daß diese zum Teil sehr schwere Arbeit lohnt und daß es eine erprießliche Ernte gibt. Denn alle in Stadt und Land haben eine befriedigende Ernte dringend nötig, der Fehlschlag des vergangenen Jahres macht sich zum Teil sehr fühlbar, und zwar recht empfindlich. Möchte daher der Himmel geben, daß wir, wenn in einem halben Jahre die „Sonntage nach Trinitatis“ vorüber sind, von ihnen sagen können, daß sie uns durch eine frohe und ertragreiche Erntezeit begleiteten. Keller und Scheunen sind leer, — hoffen wir, daß sie am Ende der Trinitatis-Sonntage gefüllt sind.

(Zulassung von Schülern und Schülerinnen höherer Schulen zur Reifeprüfung.) Das Ministerium für Volksbildung gibt bekannt: In Absatz 2 der Abänderung der Vereinbarung der Länder über die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse der höheren Schulen vom 22. März 1929 (S. 44) ist bestimmt worden, daß die Entscheidung über die Zulassung der Schüler zur Reifeprüfung den Schulen selbst überlassen werden kann. Das Ministerium für Volksbildung hat deshalb unerwartet der Neuordnung des Prüfungswezens in Verfolg der Neuordnung der höheren Schulen beschlossen, die in den Lehr- und Prüfungsordnungen der sächsischen höheren Schulen vorgeschriebenen Anmeldungen der Schüler und Schülerinnen zur Reifeprüfung beim Ministerium künftig wegfällen zu lassen. Ueber die Zulassung der Schüler und Schülerinnen zur Reifeprüfung hat nunmehr der Prüfungsausschuß einer jeden Schule unter Beachtung der in der Lehr- und Prüfungsordnung enthaltenen Bestimmungen Entscheidung zu fassen. In Zweifelsfällen sowie dann, wenn Befreiung von einer Zulassungsbedingung in Betracht kommt, ist die Entscheidung des Ministeriums einzuholen. Für die Zurückweisung eines Schülers oder einer Schülerin ist weiterhin ein einstimmiger Beschluß des Prüfungsausschusses erforderlich. Für die höheren Privatschulen verbleibt es bei den bisher geltenden Bestimmungen. Die Zulassung der Gastschüler und Schulfremden erfolgt weiterhin durch das Ministerium.

Bauren. (Mit dem Motorrad in den Tod.) Auf der Staatsstraße Baugen-Görlitz streifte ein Motorradfahrer beim Überholen eines anderen das Fahrzeug des letzteren. Beide Fahrer stürzten auf die Straße. Der Eisenbahner Adam aus Rübisch erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach der Einlieferung in das Baugener Stadtkrankenhaus starb.

Dresden. (Deutscher Industrieschutzverband.) Der Deutsche Industrieschutzverband Dresden, die älteste und größte auf Einzelmitgliedschaft beruhende Streikentschädigungs-Gesellschaft, hielt am 29. Juni seine 24. Generalversammlung in Dresden ab. Dem vom Generaldirektor Kurt Grünauer-Dresden erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Entwicklung des Verbandes auch im Jahre 1928 erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Neben 15 Verbänden sind ihm über 500 Einzelfirmen aus 47 Branchen und allen Teilen Deutschlands neu beigetreten. Der Verband zahlte im Berichtsjahre in über 300 Streikfällen nahezu eine halbe Million Mark Streikentschädigungen an seine streikbetroffenen Mitglieder. Er führte auch im Jahre 1928 im Auftrage seiner Mitglieder zahlreiche Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften und vor den Schlichtern, auch hat er in vielen Fällen seine Mitglieder in arbeitsrechtlichen Fragen beraten und bei Streitigkeiten vor den Arbeitsgerichten vertreten. Der Kassenbericht gab ein günstiges Bild über die Vermögenslage des Verbandes, die es ihm gestattet, seinen Mitgliedern auch bei kommenden Arbeitskämpfen tatkräftig zur Seite stehen zu können.

Dresden, 3. Juli. (Warnung vor Zuzug nach Rumänien.) Das Landesarbeitsamt teilt mit: Wer in Rumänien Arbeit sucht, muß wissen, daß ihm dort Aufenthaltsgenehmigung grundsätzlich nur für die Dauer von 30 Tagen erteilt, sodann aber weitere Aufenthaltserweiterung verweigert wird. Auch auf Befürwortung des Arbeitsgebers erfolgt die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung nicht für dauernd, sondern immer nur für kurze Zeit. Dadurch wird für den Arbeiter eine unsichere Lage geschaffen, und er wird auch abhängig von seinem Arbeitgeber, denn einen eingegangenen Vertrag zu lösen, ist ohne Geldverluste kaum möglich. Die allgemeinen Verhältnisse sind ebenfalls ungünstig. Die Kosten für den Lebensunterhalt sind in Bukarest etwa doppelt so hoch als in Deutschland. Die Mieten für Wohnungen und möblierte Zimmer liegen in etwa drei bis vierfacher Höhe gegenüber den deutschen. Arbeiter- und Angestelltenchutzgesetze bestehen in Rumänien nicht.

Bad Schandau. (Wieder ein Opfer der Elbe.) Beim Baden in der Elbe ertrank der 18jährige Bädergehilfe Werner Herzog aus Dresden. Der bedauerliche Fall dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Der

„Sächsische Volkszeitung“, meint, die Große Koalition sei gegenwärtig noch nicht reif und es hätte daher wenig Sinn, Bänder sofort zu schließen. Entscheidend würden die Stimmen der Aufwärtler und Altsozialisten sein. Man dürfe aber annehmen, daß keine dieser beiden Parteien es über sich bringen werde, der Linken durch den Sturz des Kabinetts Bänder einen unverhofften Vorteil zu verschaffen und das Land Sachsen in eine neue Krise zu stürzen. — Die der Demokratischen Partei nahestehenden „Dresdner Neuesten Nachrichten“ schreiben: Die parteipolitische Zusammensetzung des Kabinetts bedeutet im Vergleich zum bisherigen Kabinett eine Wendung nach rechts. . . . In Sachsen kommt es nicht darauf an, hohe Politik nach dem Beispiel des Reiches zu treiben, sondern, daß unser Land vor allem eine gesunde, kontinuierliche und vernünftige Verwaltungsprogrs braucht. Hierfür bieten die kaufmännischen Kenntnisse Richter und Dr. Mannsfeld Gewähr. Das Parlament hat die verfassungsmäßige Kontrolle auszuüben, aber nicht selbst zu regieren. Das neue Kabinett steht natürlich parlamentarisch auf außerordentlich schwachen Füßen. Die unbedingte Opposition der Sozialisten und Kommunisten kann auf 45 von 96 Stimmen rechnen. Die Entscheidung liegt also bei Altsozialisten, Demokraten und Aufwärtlern. Dr. Bänder wird sehr vorfristig arbeiten müssen, umso mehr als die Unterstützung der Nationalsozialisten eine sehr unsichere Sache ist. Je mehr er seine Aufgabe als eines Verwaltungsmannes aufweist und je weniger er Parteipolitik zu treiben versucht, desto länger wird sein Kabinett am Leben bleiben. Das Organ der Altsozialisten, „Der Volksstaat“, urteilt: Dem neuen Kabinett steht man den Notzustand von allen Seiten an. Es ist gewissermaßen eine Kreuzung zwischen einem Partei- und Beamtenkabinett. Wie Dr. Bänder auf dieser parlamentarischen Basis sein Kabinett zusammenhalten will, ist vorläufig noch sein persönliches Geheimnis. — Das Organ der Wirtschaftspartei, der „Sächsische Kurier“, schreibt: Das Vertrauen, das von weiten Kreisen des sächsischen Volkes in die Person Dr. Bänders, in sein Verhandlungsgeschick und seine Energie gesetzt wurde, als der Landtag ihn zum Ministerpräsidenten wählte, ist nicht getrübt worden. Das neue Kabinett stellt den praktischen politischen Blick Dr. Bänders ein ehrenvolles Zeugnis aus, daß er die beiden parteipolitisch am stärksten umkämpften Ministerien mit zwei anerkannten und hochangesehenen Fachleuten besetzte und sie so aus dem Streit der Parteien herausholt. Daß Dr. Bänder das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium noch unbesetzt ließ, kann man auch als recht geschickt bezeichnen, denn so hat er noch immer ein freies Ministerium in der Hinterhand, mit dem er sich irgend eine Parteigruppe fester verpflichten kann. Das neue Kabinett wird voranschrittlich bis zum Herbst ungestört amtierend können, und da die in ihm vertretenen Persönlichkeiten durchaus die Gewähr geben, daß sie sich während der „Bewährungsfrist“ auch wirklich bewähren, so ist es durchaus möglich, daß dieses Kabinett der sächsischen Staatserhaltenen Arbeit für das Gesamtwohl des sächsischen Volkes länger am Ruder bleiben wird, als manche Kreise heute denken oder gar wünschen.

Reichsernährungsminister Dietrich in Ostpreußen. Reichsernährungsminister Dietrich hat sich nach Ostpreußen begeben, um an der Jahrestagung des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften teilzunehmen. Die Tagung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil hier über den Zusammenschluß der Genossenschaften beraten werden soll. Insbesondere steht der persönliche Einigungsvorschlag zur Entscheidung. In unterrichteten Kreisen wird eine Annahme des Vermittlungsvorschlages erhofft, obgleich auf der anderen Seite Bestrebungen im Gange sind, diesen Vorschlag, der eine unpolitische Leistung des Einheitsverbandes schaffen will, abzulehnen.

Die Reichsbahn pumpt 100 Millionen. Mangelhafte Schienen-Ergänzung. Köln. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat beschlossen, zunächst von einer Tarifierhöhung abzusehen und über die Deckung der Mehrausgaben mit der Reichsregierung zu verhandeln. Die Reichsbahn, die heute unter internationaler Kontrolle steht, wird zwar nach dem Young-Plan von dieser Kontrolle befreit. Das größte industrielle Unternehmen Europas, das die Reichsbahn darstellt, bleibt aber auch weiterhin mit 660 Millionen Mark jährlich belastet, die der Reichsregierung auf Grund eines noch zu schaffenden Gesetzes für die Deckung eines Teiles der Reparationszahlungen jährlich übergeben werden müssen. Dazu kommen wahrscheinlich noch zwei Millionen Kursverluste, weil die Reichsbahn bisher in Goldmark, künftig aber in Reichsmark zu zahlen hat. Die auf jeder Fahrkarte und auf jedem Frachtfchein liegende Beförderungssteuer, die heute ein Teil der Reparationsverpflichtungen ist, soll auch nach dem Inkrafttreten des Young-Planes weiter erhoben und dem Reiche übermittlelt werden, so daß für die Reichsbahn eher eine Mehrbelastung als eine Entlastung entsteht.

Ertrunkene befand sich mit mehreren anderen jungen Leuten unter Aufsicht eines Führers, der die am Ufer aufgestellte Warnungstafel nicht beachtet hatte und an verbotener Stelle baden ließ.

Waldheim. (Tödllich überfahren.) Auf einem unbeschränkten Bahnübergang der Bahnhöhe Waldheim-Rochlitz wurde in Flur Mageringwalde der Motorradfahrer Reichmann aus Garndorf, Amtshauptmannschaft Flöha, vom Personenzug überfahren und getötet. Der Verunglückte hat, nach Angaben von Augenzeugen, versucht, mit Vollgas noch vor dem Zuge über den Bahnübergang zu kommen.

Freiberg. (Rektorbestätigung in Freiberg.) Rektor Dr.-Ing. Köppler wurde für das Studienjahr 1929 bis 1930 wieder zum Rektor der Bergakademie Freiberg gewählt.

Grimma. (Ein Hundertjähriger.) Kantor i. R. Julius Ortel vollendete das 100. Lebensjahr. Er wurde 1829 in Lindenthal bei Leipzig geboren, besuchte von 1845-1849 das Grimmaer Lehrerseminar und trat nach langer Amtstätigkeit in Hainichen bei Leipzig in den Ruhestand.

Gartha. (Garthaer Heimatsfest.) Das hiesige erste Heimatsfest wurde durch prächtiges Sommerwetter begünstigt. Eisenbahn und Großkraftwagen brachten immer neue Menschenmengen in unsere Mauern, so daß die Besucherzahl mit 25 000 eher zu niedrig als zu hoch angegeben ist. Die Stadt prangte im Festkleide, Ehrenpforten grüßten an allen Straßen die Antommenden.

In diesem Jahre hat die Reichsbahn 7000 Kilometer Rückstände bei der Schienenenerneuerung. Sie hat infolge der schlechten Einnahmen in den ersten drei Monaten 1929 und der erhöhten Ausgaben für Kohlen den Erneuerungsfonds um 275 Millionen Mark gekürzt. Dadurch ist bereits bei der Industrie ein solcher Mangel an Bestellungen eingetreten, daß die Industrie von sich aus der Reichsbahn in den nächsten Tagen einen Kredit von 100 Millionen Mark für die Bestellung von Lokomotiven und Wagen geben wird.

Deutschland soll im voraus bezahlen.

Vor einem „Beginn“ der Rheinlandräumung.

Der französische Ministerpräsident Poincaré kämpft augenblicklich mit dem Finanzausschuß und dem Kammerauschuß für Auswärtige Angelegenheiten um eine sehr ernste Entscheidung, nämlich die Ratifizierung des französisch-amerikanischen und des französisch-englischen Schuldenabkommens. Die Ausschüsse haben die Ratifizierung ohne Vorbehalt abgelehnt, haben es aber ebenso abgelehnt, daß die Verträge nicht ratifiziert werden.

Damit ist Poincaré gezwungen, den Versuch zu machen, der amerikanischen Regierung zu erklären: Frankreich ist bereit, das Schuldenabkommen endlich anzuerkennen und restlos durchzuführen, aber Frankreich fühlt sich an diese Verpflichtung nicht mehr gebunden, wenn es von Deutschland nicht mehr die Summen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen erhält.

Je schärfer der Widerstand gegen die Schuldenabmachungen durch die französische Kammer wird, um so schärfer wird die Haltung Poincarés und Briands gegenüber Deutschland. Während die englische Regierung durch MacDonald eine Erklärung abgegeben hat, die die Möglichkeit zum Beginn von Verhandlungen über die Rheinlandräumung eröffnet, ohne daß aber diese Erklärung so bindend wäre, wie man sie in Deutschland zum Teil ausgelegt hat, macht man in Frankreich sogar den Beginn von Verhandlungen über die Räumung von besonderen Bedingungen abhängig. Briand fordert mit Poincaré dafür die Sicherheit, daß ein Teil der französischen Reparationsforderungen durch eine von Deutschland zu verzinsende Anleihe vorweg gezahlt wird, und zwar ohne Rücksicht auf die Reparationsbank. Außerdem fordern Poincaré und Briand gewisse Bedingungen für einen weiteren Gewinn Frankreichs aus der Saarwirtschaft. Neuerdings wird auch die Forderung nach einer besonderen Erklärung Deutschlands über seine Ostpolitik geltend gemacht, wobei man behauptet, daß mit der Räumung der Rheinlande Deutschland im Osten sonst freie Hand habe.

Der polnische Landraub.

Verhandlungen in Paris.

Paris. In Paris begannen die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Liquidation deutschen Eigentums in Polen. Diese Verhandlungen sind auf der letzten Tagung des Völkerbundes in Madrid vereinbart worden und beziehen sich darauf, daß die polnische Regierung über 2000 Liquidationen deutschen Eigentums vorgenommen hat, bei denen die Berechtigung der Liquidation von Deutschland nicht anerkannt wird.

Letzte Vollversammlung des Luthertischen Weltkonvents.

Kopenhagen. Der Luthertische Weltkonvent versammelte sich zu seiner letzten Vollversammlung. Die Vormittagsitzung behandelte die Arbeit zur Stützung und Stärkung der evangelisch-luthertischen Minderheiten in den Gebieten fremder Kirchen. Den Hauptvortrag hielt Prof. D. Ulmer (Erlangen), der betonte, daß diese Diasporahilfe aus einem kirchenorganischen Bewußtsein heraus zu geschehen habe. — Bischof v. Bonsdorff (Finland) forderte einen weiteren Ausbau des Hilfswertes für die bedrängten Diasporagemeinden und schlug die Bildung eines besonderen Ausschusses vor, der das luthertische Hilfswort in der Welt tatkräftig fördern soll. Pastor Strick (Straßburg) berichtete aus seinen langjährigen Erfahrungen in der elsäß-lothringischen Diaspora und rief zu einer erhöhten Aktivität auf. — Bischof Bopp (Südblawien) wies auf den Kulturkampf hin, der sich in Südblawien vorbereite. — Pfarrer Lempp (Polen) machte auf die evangelische Bewegung im Osten, insbesondere in der Ukraine, aufmerksam und betonte, die große Aufgabe, die hier für das Luthertum vorliege. Die Nachmittagsitzung war den Hauptproblemen der äußeren Mission gewidmet.

Das Kabinett Bänder.

Regierungsbildungen in Sachsen haben seit der Revolution immer außerordentliche Schwierigkeiten gemacht, und sie steigerten sich von Fall zu Fall immer mehr, bis sie dieses Mal einen Höhepunkt erreichten, bei dem niemand zu besorgen braucht, daß er einmal überschritten werden könnte. Noch am Dienstag nachmittag war die Meinung weit verbreitet, daß Dr. Bänder seine Ministerliste überhaupt nicht zustandebringen werde, — aber es ist doch gelungen und in einer Weise sogar, die den bereits in Umlauf gesetzten Spotnamen „Aristokratenkabinett“ durchaus nicht rechtfertigt.

Ganz kurz nur seien die Tatsachen rekapituliert. Die Große Koalition mit den Sozialdemokraten, die rechnerisch die einfachste Lösung wäre, ist wegen der Haltung der Sozialdemokraten unmöglich. Infolgedessen braucht man die Nationalsozialisten zur Unterstützung der Regierung. Sie sind dazu bereit, fordern aber, daß die Demokraten weder das Innen- noch das Volksbildungsministerium besetzen. Zur Übernahme eines anderen Ministeriums aber sind die Demokraten nicht bereit und scheiden deshalb aus. Die Altsozialisten wollten unbedingt, obwohl sie nur noch zwei Abgeordnete haben, das Ministerpräsidium behalten, niemand will es ihnen bewilligen. Und so schalten sie sich gleichfalls aus, welche Haltung sie jetzt allerdings mit Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit der Wahl des neuen Ministerpräsidenten begründen. Die Abgeordneten der Aufwärtlerpartei erklären außer dem Minister Dr. v. Zumberti selbst, daß sie kein Interesse an weiterer aktiver Beteiligung an der Regierung hätten, und deshalb verzichtet man auch auf sie. In letzter Minute, als es praktisch

